



## Regierungsratsbeschluss vom 21. März 2017

Anzug Tanja Soland und Consorten betreffend Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis

---

P105204

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Tanja Soland und Consorten stehen zu lassen.

### Begründung

Mit dem Anzug Tanja Soland und Consorten betreffend Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis fordern die Anzugstellenden den Regierungsrat auf, die Lancierung eines entsprechenden Versuchs im Kanton Basel-Stadt unter gewissen Bedingungen zu prüfen. Vor dem Hintergrund der aktuell in der Öffentlichkeit geführten Diskussion zur Cannabisthematik hat der Regierungsrat im Frühjahr 2016 das Gesundheitsdepartement mit der Mitwirkung in der aus Vertretungen des Kantons Genf sowie der Städte Bern und Zürich bestehenden interurbanen Arbeitsgruppe „Forschungsprojekt für einen kontrollierten Cannabisverkauf“ beauftragt.

Zwischenzeitlich hat das Gesundheitsdepartement die Rahmenbedingungen für ein Basler Forschungsprojekt festgelegt: Im Fokus des Basler Projekts sollen Erwachsene stehen, die regelmässig Cannabis zur Linderung subjektiver Beschwerden im Sinn einer „Selbstmedikation“ konsumieren. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel sollen vom Gesundheitsdepartement mit der Ausarbeitung eines detaillierten Forschungsprojekts beauftragt werden. Auf dieser Basis kann dann über die konkrete Lancierung des medizinischen Forschungsprojekts entschieden werden. Nach Einverständnis und Budgetbewilligung durch die zuständigen Gremien in den jeweiligen Städten und Kantonen sowie nach positiver Beurteilung durch die zuständigen Ethikkommissionen soll dann gemeinsam von allen am Projekt beteiligten Kantonen und Gemeinden eine Ausnahmebewilligung für ein wissenschaftliches Forschungsprojekt beim Bundesamt für Gesundheit beantragt werden.

Die Erarbeitung des übergeordneten Forschungsdesigns und die gesamte Evaluation der Projekte sollen unter den beteiligten Kantonen Basel-Stadt und Genf sowie den Städten Bern und Zürich koordiniert werden. Die Teilnahme des Kantons Basel-Stadt am interurbanen Forschungsprojekt kann

wesentlich zur Gewinnung neuer Erkenntnisse betreffend Prävention, Jugendschutz und Schadensminderung im Zusammenhang mit dem Cannabiskonsum beitragen.

